

Die Ameise.

Immer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schliess an ein Ganzes Dich an!

Organ des Verbandes der
Porzellan- u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark. Postzeitungsnummer 295 a. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Berlin SO., Engeliner 15 II.

Nr. 39.

Berlin, den 28. September 1900.

27. Jahrg.

Der Fleiß und die Erwerbsfrage.

Die Ueberzeugung, daß wir mit unseren gesammten Lebenseinrichtungen auf einem Standpunkt angelangt sind, auf dem wir nicht bleiben können, ist eine allgemeine und unser Bewußtsein sagt uns: „das etwas faul ist im Staate Dänemark.“ — Zwar hat die Zivilisation einen Theil des Menschengeschlechts auf eine Stufe gehoben, welche der Thierheit, Wildheit und Barbarei weit entrückt zu sein scheint. Trotzdem ist diese herrliche Zivilisation für uns im allgemeinen verfehlt, weil sie nicht nur weit davon entfernt ist, die Menschheit in jeder Weise glücklich zu machen, sondern nicht minder unheilvolle, absolut unerträgliche Zustände zuläßt und erhält.

Diejenigen Uebelstände der Zivilisation, die von der größten Anzahl Menschen am tiefsten und dauernsten empfunden werden, sind unstreitig die wirtschaftlichen, weil sie uns täglich bemerkbar entgegen treten. Es giebt genug Menschen, die sich nie mit überflüssigen Fragen beschäftigen, auch die Politik läßt viele kühl und größer vielleicht als man annimmt ist noch die Menge der Leute, die sich wenig darum scheeren, ob sie demokratisch oder despotisch regiert werden, so lange ihnen der Staat bloß in der Form des Polizeibeamten, des Steuerboten und des Rekrutenunteroffiziers sichtbar wird. — Dagegen giebt es Niemanden, der nicht täglich vor die Frage des Erwerbes und des Verbrauchs gestellt würde.

Die Erscheinungen des Wirtschaftslebens drängen sich auch dem stumpfsten Beobachter auf. — Wer überhaupt bei Bewußtsein ist, der empfindet Bedürfnisse, murret über die Schwierigkeit oder empört sich gegen die Unmöglichkeit ihrer Befriedigung. Er sieht mit Bitterkeit das Mißverhältnis zwischen seiner Arbeitsanstrengung und den Genüssen, die er sich um jeden Preis verschaffen kann und vergleicht seinen eigenen Antheil an den Gaben der Natur und an künstlichen Gütern mit dem der Anderen. — Summa wird man alle paar Stunden, müde ist man am Abend jeden Arbeitstages, jedesmal, so oft man einen irgend ein Bedürfnis wahrnehmenden Gegenstand sieht,

hat man den Wunsch, sich in den Besitz desselben zu setzen und so wird man in Folge gewisser Lebensumstände fortwährend darauf hingeführt, sein Verhältnis zur allgemeinen wirtschaftlichen Bewegung, zur Hervorbringung und Benennung der Güter zu überdenken. — Es wird allerdings manchmal versucht durch allerlei Sanktionen und Komödien, durch sogenannte Reformen und dergleichen die Kulturvölker zu blenden, die Gedanken der großen Masse von der eigentlichen Hauptsache abzulenken, jedoch immer und immer wieder kehren die Gedanken zurück zur Erwerbsfrage; denn die menschlichen Bedürfnisse erheischen mit gebieterischer Gewalt Befriedigung. Dem rohen Wilden allerdings tritt die Erwerbsfrage weniger gebieterisch entgegen, denn er hat zunächst wenig Bedürfnisse und andererseits stehen ihm die Erzeugnisse der Natur für seine natürliche Selbsterhaltung jederzeit zur Verfügung, denn „die Früchte wachsen ihm sozusagen in den Mund, er hat nicht nöthig, großen Fleiß anzuwenden, um seine Lebensnothdurft zu erwerben; anders steht es mit dem kultivierten Menschen, derselbe hat außer den Bedürfnissen für die Selbsterhaltung noch andere, welche auf seine Vervollkommnung, seine Veredelung abzielen, vor allen Dingen aber bietet ihnen die Natur so viel wie nichts, er muß arbeiten, er muß seinen Fleiß anwenden um die Mangelhaftigkeit seines Zustandes zu beseitigen.

Viele Bedürfnisse haben, drängt nach Befriedigung derselben und ist somit der Antrieb zum Fleiß; rohe Völker und Wilde sind daher selten fleißig. — Der Fleiß ist zwar im Allgemeinen etwas angeborenes, er wird nicht selten durch das Temperament unterstützt — aber am meisten wird er hervorgerufen durch die Aussicht auf Verbesserung der Zustände des Arbeiters also zunächst durch die Bedürfnisbefriedigung. — Der Fleiß ist somit nicht Selbstzweck, er ist nur Mittel zum Zweck nicht nur für gegenwärtige, sondern auch für künftige Bedürfnisse.

Der Fleiß des Arbeiters soll ihm nicht nur den Erwerb in Bezug auf Nahrung, Kleidung und Wohnung für die Gegenwart

sichern, sondern auch für die Zukunft, namentlich aber für sein Alter.

Wie traurig endigen aber oft gerade die fleißigsten Arbeiter, welche ihrem Schicksal sieht man sie erliegen, weil trotz allen Fleißes der Erwerb zu demselben in keinem Verhältnis stand und weil sie nicht Maas zu halten wußten oder konnten, mit dem einzigen Gute, welches der Mensch nicht entbehren kann, der Gesundheit. — So arbeitet der Familienvater, um seine Angehörigen nicht darben zu lassen oft weit über seine Kräfte, er altert frühzeitig, wird krank und stirbt, die Frau und Kinder trotz seines Fleißes in Noth, und Elend zurücklassend. — Es ist ferner eine Thatsache, daß der Fleiß des Arbeiters, je mehr er unter den heutigen Umständen geübt wird, desto schädlicher in der Folge für den Einzelnen als für die Gesamtheit der Individuen ist. Ein augenblicklich errungener Vortheil, durch Ueberarbeit z. B., wird durch die unangünstigen Nachteile, welche naturnothwendig folgen müssen, mehr als überwogen. Die Akkordarbeit zwingt uns den Fleiß immer intensiver zu üben, dadurch entstehen, wie den sich immer mehr häufenden Arbeitslosen die Gelegenheit, Arbeit zu bekommen, sie bieten sich, um nicht zu verkommen, zu immer schmerzlicheren Bedingungen und Versprechungen an, unsere Tage wiederum, wenn auch gezwungen, verschlechternd.

In den Industriegegenden kann man beobachten, wie Frauen und Männer, nachdem sie in der Fabrik den Tag ab „geschuftet“, des Abends sich noch mit Rohmaterial durch die Straßen „vudeln“, um nach rechtlich geübtem Fleiß in der Fabrik zu Hause mit Hilfe der Kinder weiter zu schaffen. Fragt man solche Armen, wie denn das überhaupt auszuhalten sei, so bekommt man die trostlose Antwort: „Ja, es geht freilich schwer, aber wie wollen doch leben! — Wahrhaftig ein herrlicher Lohn des Fleißes — das nackte Leben! — Der Kampf um's Dasein zwingt den in der ärgsten Sturmfluth des gesellschaftlichen Lebens stehenden, täglich, stündlich mit dem ganzen Aufgebote seiner physischen und moralischen Kraft anzukämpfen; wenn der frühzeitige Untergang, der allmähliche Verfall der körperlichen Kräfte nicht die unausbleibliche Folge

sein soll. Allein früher oder später macht sich die Zerrüttung mit treibartig freier Kraft bemerkbar. — Man nennt den Fleiß eine Tugend, — unter solchen Verhältnissen muß man ihn ein Laster nennen. Man lobt die Strebbarkeit, nun, als treibbar werden auch die Arbeiter in den thüringer Bergen geschilbert, aber das Streben danach — nur die tägliche, lerge Lebensnahrung und Nothdurft durch angestrengtes Arbeiten bei Tag und Nacht zu erringen, das ist sicher nicht geeignet, besonderes Lob herauszufordern.

Der Unternehmer nützt diesen Fleiß, diese kindliche Zufriedenheit aus, und ein Lob aus seinem Munde ist nicht verwunderlich, aber auch nicht von besonderer moralischer Bedeutung für den Arbeiter. Ein solcher Fleiß, welcher sich nicht nur auf den Tag, sondern auch auf die Nacht erstreckt, wirkt nicht nur schädigend auf die Gesundheit, er wirkt namentlich demoralisierend auf den Arbeiter; denn, wo soll er die Zeit hernehmen, seinen Geist zu pflegen. Bildung und Moral, Können und Wissen, Erkenntniß und Vernunft sind Eigenschaften, welche die Menschheit von der Thierwelt trennen, den Menschen über das Vieh erheben, dazu soll ihn der Fleiß anspornen, diese Eigenschaften sich erwerben zu können; dies ist aber nur da möglich, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse derartige sind, daß der Fleiß auch einen lohnenden Erwerb sichert. — Mögen die Industriellen noch so viel von der Begehrlichkeit der Arbeiter sprechen, mögen sie in ihren künstlich ausstaffierten Berichten vom Steigen der Löhne u. sprechen, die trotz ihres Fleißes an dem notwendigsten Mangel leidender Lohnarbeiter, sie widerstreiten dieser konventionellen Lüge, sie sprechen das Urtheil unseres wirtschaftlichen Systems.

Die öffentliche Meinung, welche jetzt ihren besten Dolmetscher, ihren besten Ausdruck in festgegliederten Organisationen findet, sie wird die maßgebenden Faktoren zwingen, trotz aller oberflächlichen Sozialreformen, zu jener großen Sorge, zur Erwerbsfrage zurückzukehren, um deren Lösung im Einverständnis mit den Arbeitern endlich einmal in Angriff zu nehmen. Im Mittelalter kämpft man um die Religion, in der späteren Neuzeit entflammten sich die Geister für die idealen Bedürfnisse der Aufklärung und politischen Freiheit; im 20. Jahrhundert erschallt der Ruf nach Brod für Jedermann, nicht nur für den fleißigen Arbeiter, sondern auch für das schwache Weib, das unmündige Kind. — „Kreuzzüge sind heute nicht mehr denkbar, sagt Max Nordau, für die Eroberung des „goldenen Bliekes“, Wohlstand genannt.“ — Man kämpft nicht mehr für überflüssige Wünsche und Ideen — der Wunsch der großen Menge: weniger hart zu arbeiten und reichlicher zu essen, der Fleiß ist für sie nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Hp.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Die Berliner Krankenkassen nahmen am 12. September Stellung zu der Reform des Krankenkassengesetzes und sie beschloßen nachstehende Resolution:

„Die Versammlung von Krankenkassenvorständen und Verwaltungsbeamten, in der 41 Ortskrankenkassen, 4 Betriebskrankenkassen, 3 Innungskrankenkassen, 4 Vorortklassen, 31 freie Hilfskassen durch Delegirte vertreten sind, erhebt für die bevorstehenden Abänderungen des Krankenkassengesetzes folgende Forderungen:

1. Eine Erweiterung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen (§ 1 des geltenden Gesetzes, ist dringend notwendig. Der

Versicherungszwang muß mindestens auf alle der Invalidenversicherung unterliegenden Personen, womöglich jedoch auf alle Erwerbsthätigen mit einem Einkommen bis zu 2500 Mk. ausgedehnt werden. Irigend welche Einschränkungen, insbesondere für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und das Gefinde, liegen nicht im Interesse der Bevölkerungsschichten, denen die Wohlthaten des Gesetzes zu Gute kommen sollen.

2. Ein Bedürfnis zur Beibehaltung der Gemeindekrankenversicherung als Träger der Versicherung besteht nicht.

3. Die „Zentralisation der Krankenkassen“, d. h. die Vereinigung aller im Bezirk einer oder mehrerer Gemeinden beschäftigten versicherungspflichtigen Personen in einer Krankenkasse, unter Beseitigung der für einzelne Gewerksweige, für einzelne Betriebe oder für die Innungen errichteten Kassen, liegt im Interesse der Versicherten. Die „Zentralisation“ wird aber die erhoffte Wirkung nur dann vollständig ausüben können, wenn auch die durch Betriebs-, Bau- und Innungskrankenkassen geschaffene Zersplitterung — welche weit schlimmer ist, als die durch die Ortskrankenkassen hervorgerufene — durch Aufhebung dieser Kassen beseitigt würde. Sollte eine Zentralisation in diesem Umfang bei der bevorstehenden Abänderung des Krankenkassengesetzes nicht erreichbar sein, so wäre mindestens zu fordern:

- a) daß den Ortskrankenkassen die freiwillige Vereinigung durch Abänderung des Gesetzes erleichtert würde;
- b) daß die fernere Gründung von Bau-, Betriebs- und Innungskrankenkassen unmöglich gemacht, bezw. die Genehmigung solcher Gründungen an die — in geheimer Abstimmung erfolgende — Zustimmung der Mehrheit der versicherungspflichtigen Personen geknüpft würde;
- c) daß die Auflösung der bestehenden Betriebs-, Bau- und Innungskrankenkassen auch dann zu erfolgen hätte, wenn die Mehrheit der versicherten Arbeiter, bezw. die Generalversammlung der Klasse dies beschließt;
- d) daß, falls ein Versicherter infolge Wechsels der Beschäftigung gezwungen ist, auch seine Kassenzugehörigkeit zu wechseln, ihm auf eine im Statut der neuen Klasse etwa vorgeschriebene Karenzzeit die Zeit angerechnet wird, welche er ununterbrochen — bezw. mit kurzer Unterbrechung infolge Arbeitslosigkeit — vorher anderen Krankenkassen angehörte.

4. Eine Erhöhung des aus eigenen Mitteln zu bestreitenden Beitragsanteils der Arbeitgeber auf die Hälfte erscheint nicht notwendig; diese Erhöhung würde unannehmbar sein, wenn damit zugleich den Arbeitgebern in der Verwaltung der Kassen die gleichen Rechte eingeräumt würden, wie den Arbeitern. Zu einer Schmälerung der bisherigen Rechte der Arbeiter liegt nicht der geringste Anlaß vor. Denn erstens haben die Arbeiter naturgemäß ein weit lebhafteres Interesse an den Krankenkassen, als die Unternehmer, zweitens aber haben die Arbeiter an der Verwaltung der Unfall-Versicherungsgesellschaften keinen Antheil und folglich auch der Einfluß der Unternehmer auf die Krankenkassen nicht einfach nach der Höhe ihres Beitragsanteils berechnet werden, da die Unternehmerbeiträge zum sehr erheblichen Theile nur den Ersatz für die Versorgung der Unfallverletzten während der ersten 13 Wochen darstellen.

5. Ein Anschluß der Ortskrankenkassen an die Gemeindeverwaltung in der Weise, daß ein Gemeindebeamter von der Gemeinde als Vorsitzender angestellt wird, erscheint nicht angelegentlich. Eine solche Maßregel würde nur den Bureaualtrismus fördern und die bis-

herigen gut eingearbeiteten Beamten, sowie die mit den Verhältnissen des Erwerbslebens vertrauten Personen aus der Kassenverwaltung herausdrängen.

6. Eine deklarierende Bestimmung, wonach als „ärztliche Behandlung“ nur die Behandlung durch approbirte Aerzte gilt, erscheint schon deshalb überflüssig, weil bereits das geltende Gesetz durch die Aufsichtsbehörde überall in diesem Sinne ausgelegt wird. Wünschenswerth erscheint dagegen eine Bestimmung, welche die Zulassung von im Auslande approbirten Arztinnen mindestens so lange sicherstellt, bis im Inlande eine hinreichende Zahl von Frauen die Approbation erworben hat.

7. Die gesetzliche Einführung der „freien Arztewahl“ liegt nicht im Interesse der Krankenkassen und der versicherten Arbeiter. Dagegen erscheint es erforderlich, daß über die Wahl des Arztsystems, bezw. die Anstellung von Kassenärzten ausschließlich die Versicherten oder ihre Vertreter zu entscheiden haben, als diejenigen, die allein der kassenärztlichen Behandlung anheimfallen.

8. In dem § 6a, Ziffer und § 26a, Ziffer 2 des Krankenversicherungsgesetzes sind die Worte „sowie die Versicherten, welche sich eine Krankheit vorsätzlich oder durch schuldhaftes Betheiligung bei Schlägereien und Raufhändeln, durch Trunkfälligkeit oder geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen haben, für diese Krankheit“ zu streichen.

9. Die Befugnisse der Aufsichtsbehörden haben sich keineswegs als unzulänglich erwiesen. Dagegen erscheint es unbedingt notwendig, daß gegen alle Entscheidungen der Rechtswege zugelassen wird, in nicht dringenden Fällen mit aufschiebender Wirkung. Als höchste Instanz würde dabei am besten das Reichversicherungsamt eingesetzt werden. In Fällen, in welchen die Krankenkassen durch später aufgehobene „vorläufig vollstreckbare Verfügungen“ der Aufsichtsbehörden zu Aufwendungen gezwungen sind, deren Wiedererstattung seitens der zunächst Betheiligten nicht zu erlangen ist, muß den Krankenkassen der Regressanspruch an die Aufsichtsbehörden freistehen.

10. So lange die Betriebs-, Innungs- und Baukrankenkassen als gleichberechtigte Träger der Krankenversicherung beibehalten werden, ist nicht der geringste Grund einzusehen, warum den von den Arbeitern verwalteten freien Hilfskassen diese Eigenschaft entzogen und dieselben nur noch als Zuschußkassen zugelassen werden sollen.

11. Eine Einteilung der Lohnklassen nach der Höhe des wirklich gezahlten Lohns ist für alle Krankenkassen obligatorisch zu machen. So lange diese Einteilung nicht durchgeführt ist, sind bezüglich der Festlegung der ortsüblichen Tagelöhne Bestimmungen zu treffen, welche deren richtige Festlegung besser sichern, als dies bisher der Fall ist. Der Lohn ist dabei innerlich in der Grenzen der Versicherungspflicht in voller Höhe anzurechnen. Die Kürzung des Krankengeldes für Doppelversicherer ist zu beseitigen.

12. In § 6 des Krankenversicherungsgesetzes ist statt „ärztliche Hilfsmittel“ „andere Hilfsmittel, welche zur Wiederherstellung bezw. Erhaltung der Gesundheit oder Erwerbsfähigkeit nach ärztlicher Anordnung notwendig sind“, zu setzen.

13. § 7 des Krankenversicherungsgesetzes ist dahin zu ändern, daß freie Kasse und Verwaltung im Krankenhause eventuell in einer Welt- oder Gebührensstätte gewährt werden muß, wo dies die Umstände erfordern.

14. Den Krankenkassen ist bei günstiger finanzieller Lage eine Erhöhung der „Ja-

milienunterstützung", welche an die Angehörigen der in einem Krankenhause Untergebrachten gezahlt wird, zu gestatten.

15. Die im § 38 a den Arbeitgebern gewährte Erlaubnis, sich in der Generalversammlung und im Vorstand durch andere Personen vertreten zu lassen, ist auch den versicherten Arbeitern zu gewähren. Auch ist die Bestimmung in § 64 Nr. 5 zu streichen, nach welcher die „freiwilligen“ Mitglieder der Betriebskrankenkassen Stimmrechte nicht ausüben und Kassenämter nicht bekleiden dürfen.

16. Die Gründung von Kassenverbänden ist auch ohne die im § 46 vorgesehenen Beschränkungen zuzulassen, soweit dadurch der Zweck der Krankenversicherung oder die Interessen der versicherten Arbeiter gefördert werden.

17. Den Krankenkassen bzw. den Krankenkassenverbänden ist die Errichtung eigener Apotheken zu gestatten, event. sind mindestens die Regierungen zum Erlaß besonderer Kassenetze mit wesentlich ermäßigten Sätzen zu verpflichten.

18. Den Krankenkassen ist die Berechtigung zu erteilen, „Krankheitsverhütungs-Vorschriften“ zu erlassen in Betrieben oder Branchen, in denen erfahrungsgemäß eine besonders hohe Krankheitsgefahr herrscht, dürfen außerdem den Arbeitgebern so lange entsprechende Zuschläge zu den Beiträgen auferlegt werden, als die Krankheitsziffer den Durchschnitt übersteigt.

19. Wenn der Kreis der versicherungspflichtigen Bevölkerung in der sub 1 geschilderten Weise erweitert wird, erscheint die fernere Zulassung von „freiwilligen Mitgliedern“, abgesehen von der freiwilligen Fortsetzung der Versicherung während vorübergehender Arbeitslosigkeit, nicht angebracht.

20. Die Dauer der Unterstützungspflicht ist allgemein auf mindestens 26 Wochen zu bemessen.

21. Die Wahlen zur Generalversammlung der Krankenkasse sind seitens der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer nach dem Verhältniswahlssystem vorzunehmen.

Die Versammlung beauftragt die „Zentralkommission der Krankenkassen Berlins“, die vorstehenden Wünsche in ausführlich begründeter Denkschrift den gesetzgebenden Faktoren im Reich — Bundesrath und Reichstag —, sowie dem preussischen Handelsministerium zur Kenntniss zu bringen und dahin zu wirken, daß sich die deutschen Krankenkassen möglichst zahlreich diesem Vorgehen durch Petitionen anschließen.

Sobald die Regierungsvorlage bekannt gegeben wird, soll außerdem ein „Kongreß der Krankenkassen Deutschlands“ nach Berlin einberufen werden.

Ueber den britischen Gewerkschaftskongreß

Schreibt der Londoner Korrespondent des „Vorwärts“:

In Huddersfield (Yorkshire) tagte vom 8. bis 8. September der 33. Jahreskongreß der britischen Gewerkschaften. Der Ort gehört zu den Zentren der Wollenindustrie Englands und ist als einer der Moniere auf dem Gebiete fortschrittlicher municipaler Sozialpolitik bekannt. Er übernahm u. A. seine Straßenbahnen aus Privat Händen und hat in ihrem Betrieb den achttündigen Arbeitstag eingeführt. Auch in der Errichtung kommunaler Wohnhäuser ist er vielen Gemeinden vorgegangen. Auf all das wird das Mayor (Bürgermeister) der Stadt mit Stolz hin, das er die Delegirten in den Namen des Stadthauses auf Grund einstimmig gefaßter Beschlüsse der Stadtvorsetzung willkommen hieß.

Außer ihm richtete auch der Abgeordnete für Huddersfield, Sir James Woodhouse (liberal) eine Ansprache an den Kongreß. Die Gewerkschaften, erklärte er, seien endgültig heimisch im Lande und jeder verständige Unternehmer müsse sehen, durch ihre Vermittelung sich mit den Arbeitern auf guten Fuß zu setzen.

Der Kongreß, den der derzeitige Vorsitzende des parlamentarischen Gewerkschaftskomitees, Mr. Chandler vom Zimmererverband, eröffnete, war von 390 Delegirten besucht, die rund 1 1/4 Millionen organisirter Arbeiter vertrat. Neben dem großen Maschinenbauerverein, der — wegen Nichtanerkennung eines Schiedspruchs — bis auf Weiteres vom Kongreß ausgeschlossen ist, war auch der Verband der Bergarbeiter von Durham dem Kongreß fern geblieben. Die stärksten der vertretenen Organisationen waren: Bergarbeiterverband 260 000, Weberverband 81 525, Zimmererverband 60 000, Eisenbahnerverband 59 800, Gasarbeiter- und Tagelöhnerverband 48 000, Kesselschmiedeverband 46 000 Mitglieder. Zum Vorsitzenden des Kongresses wurde nach bisherigem Gebrauch der Präsident des Gewerkschaftsraths des Kongressortes gewählt. Es ist dies der Maler William Pickles, ein hervorragendes Mitglied der in Huddersfield ziemlich stark vertretenen unabhängigen Arbeiterpartei.

Die Präsidialansprache war denn auch durchaus sozialistischen Charakters — man könnte sagen, eine sozialistische Vorlesung. Sie begann mit einem Rückblick auf die Urgeschichte der Menschheit — den Urkommunismus — und endete, nach einer scharfen Kritik der kapitalistischen Wirthschaft — wobei auch ein Seitenhieb auf den gegenwärtigen „gottlosen“ Krieg in Südafrika nicht fehlte — mit dem Nachweis, daß die ganze moderne wirthschaftliche Entwicklung zum Kollektivismus dränge.

„Ginge das Können des Kollektivismus“, heißt es da, „von einer sehr bedeutenden Entwicklung der Moral, Einsicht und Organisationsfähigkeit ab, so würde ich die Erreichung dieses Ziels für hoffnungslos betrachten, denn ich bin fest davon überzeugt, daß der Mensch — d. h. die große Masse der Menschen — noch nicht die Kraft entwickelt hat, sich bewußt der Erzielung eines in gewisser Ferne liegenden Ideals zuzuwenden. Was er zu thun vermag, und Alles, was er bisher gethan hat, bestand darin, sich den ökonomischen Bedingungen des Tages und seiner Generation anzupassen. Ich habe gesagt, der Kollektivismus sei das einfachste Heilmittel? Warum? Weil die Kapitalistenklasse im Vorfolg ihrer eigenen Interessen die Produktion sozialisirt hat. Sie hat große Massen von Arbeitern zusammengebracht, Betriebsleiter eingesetzt, deren Aufgabe es ist, ganze Unternehmen im Interesse einer Gesellschaft von Kapitalisten zu leiten. Würde eine große Entwicklung der Intelligenz oder der Moral dieses Unternehmen in Kollektiveigentum verwandeln? Kein einziger Wechsel wird notwendig sein — die Gebäude, die Arbeiter, der Direktor können die gleichen bleiben. Ihr braucht nur die Zahl Derer zu vermehren, welche die Gesellschaft bilden. Der Kapitalist hat die Produktion sozialisirt, das Volk wird das Eigenthum und die Vertheilung sozialisiren.“

Das schnelle Anwachsen des Municipalsozialismus beweise die Entwicklung zum Kollektivismus. Obwohl 90 pCt. der Gemeindeglieder von Huddersfield unglücklich seien, wenn man sie Sozialisten nennen wollte, beschloßen sie doch fortgesetzte kollektivistische Maßnahmen. Unbewußt trafen sie dem Kollektivismus zu. Wäre er erreicht, gehörten die Produktionsmittel der Gemein-

schaft, so daß Keiner ein Monopol auf das hätte, was Alle brauchen, dann werde es wieder eine natürliche Auswahl, aber auf höherer Grundlage, geben, und die Pflanze der Moral, der Einsicht, der Kunst und Wissenschaft werde das einzige Mittel sein, höhere Stellungen zu erlangen. Erst dann werde die Menschheit, wie Friedrich Engels sagt, endgültig aus dem Thierreich austreten.“

Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen und ist in der Presse lebhaft kommentirt und je nach dem Standpunkt kritisirt worden. In einigen Blättern hat sich eine lebhafteste Kontroverse über die Frage entsponnen, ob die Aktiengesellschaften, auf die der Redner exemplifizirte, Verallgemeinerung oder Untergrabung des Kapitalismus bedeuteten.

Was die Beschlüsse des Kongresses anbelangt, so beziehen sich neun Zehntel von ihnen auf Fragen der Gesetzgebung, Verwaltung und des Regierungssystems — und wer sie durchliest, wird finden, daß die Neutralität der britischen Gewerkschaften nichts weniger als Farblosigkeit bedeutet. Der „Standard“, das Organ der Regierungspartei, hat denn auch nicht ermangelt, die Schale seines Hornes über verschiedene Beschlüsse zu erziehen. Getreu der Gepflogenheit seines älteren Mitarbeiters, Lord Salisbury, hat er dies mit spöttischen Redensarten aller Art, worauf ihm ein anderes ministerielles Blatt, die „St. James Gazette“, erwiderte, der Kongreß vertrete einen viel zu großen Bruchtheil der Wählerschaft, um derart von oben herab abgethan zu werden.

Folgendes die wichtigsten politischen Beschlüsse des Kongresses:

Mit keiner Mehrheit ward eine Resolution angenommen, die den gegenwärtigen Krieg in Südafrika für grausam und unnöthig erklärt und gegen die Annexion der Boerenstaaten als einen „Schlag gegen die Unabhängigkeit der Arbeit in Südafrika und gegen das Prinzip nationaler Freiheit“ protestirt.

Einstimmig ward beschlossen:

1. Daß kein Alterspensionsgesetz von den Arbeitern als genügend zu betrachten sei, das auf Unterstützung bestehender Pensionisten abziele oder an den Bezug einer Pension irgendwie das Brandmal der Armenunterstützung knüpfe. Die einzige Lösung bestehe darin, den Bezug einer öffentlichen Alterspension für ein staatsbürgerliches Recht zu erklären, das Neben ermächtigt, mit Eintritt eines bestimmten Alters Pension zu erhalten. Eine in diesem Sinne formulirte Forderung soll bei der bevorstehenden Parlamentswahl mit in die erste Reihe der Arbeiterforderungen gestellt werden.

Abgelehnt ward der Antrag Len Eillets zu Gunsten von Zwangs-Einigungsämtern, sowie der Antrag, den 1. Mai für einen Arbeiterfeiertag zu erklären.

Einige recht wichtige Beschlüsse wurden bezüglich der inneren Organisation des Kongresses gefaßt, und zwar in der Richtung der Stärkung des parlamentarischen Gewerkschaftskomitees, dem unter anderem die Vollmacht erteilt wurde, die für den Kongreß eingesandten Resolutionen zu prüfen, zu sichten, sowie solche Resolutionen anzunehmen, die nicht in den Bereich der Kongressaufgaben gehören. Den Vorsitz des Kongresses soll fortan nicht ein Vertreter des Kongressortes, sondern der jeweilig amtierende Vorsitzende des parlamentarischen Komitees führen.

Obwohl über diese Punkte sehr lebhaft diskutiert wurde, trugen die Debatten doch bei weitem nicht den erbitterten Charakter, mit dem in Cardiff über ähnliche gleiche Tendenzen debattirt worden war. Damals ermittelte

man politische Absichten hinter den Anträgen. Das war aber diesmal ausgeschlossen, denn radikale und gemäßigte Mitglieder des parlamentarischen Komitees traten gleichmäßig für die Anträge ein, für die in der Hauptsache Zweckmäßigkeitsgründe (Vereinfachung des Verfahrens, Zeltersparnis, Ausschluß von Zufall bei der Präsidentenwahl) maßgebend waren.

Ein anderer Punkt, der zu einer lebhaften Erörterung führte, betraf einen Streit zwischen dem Konsumverein von Oldham und dem dortigen Zweig der Schneidergewerkschaft, der beinahe zu einer Sperre der Großeinkaufsgenossenschaft durch die Schneidergewerkschaft geführt hätte. Die Gewerkschaftsvertreter warfen der Konsumvereinsleitung Unterstützung der Schweißtreiberei, diese den betreffenden Gewerkschaftsleitern kurzschneidige und reaktionäre Politik hinsichtlich der Frauenarbeit vor. Der Kongreß faßte in der Sache keinen Beschluß, sondern ging über den von den Schneidern gestellten Antrag, der das aus Gewerkschaften und Genossenschaften gleichmäßig zusammengesetzte Schiedsgericht für abgeschafft erklären wollte, zur Tagesordnung über. In einer späteren Sitzung nahm er im Gegentheil eine Resolution an, welche den Gewerkschaftern stärkere finanzielle und moralische Unterstützung zur Pflicht macht.

Schließlich sei noch der sehr wichtige Beschluß erwähnt, einen Prozeß, in dem der Eisenbahnverband durch den Tarifhaufteil verwickelt worden ist, auf allgemeine Gewerkschaftskosten bis zur höchsten Instanz durchzusetzen. Es handelt sich um die Frage der Haftbarkeit von Gewerkschaften für die Handlungen der von ihnen oder in ihrem Auftrage ausgestellten Streikposten. Die Direktion der Tarifhauf-Gesellschaft war, als der Ausstand angefangen hatte, um die Ertheilung eines richterlichen Inhaltsbefehles gegen den Vorstand des Eisenbahnvereins eingekommen, der diesen für alle mündlichen und thätlichen Ausschreitungen der Streikposten haftbar macht, und dieser Inhaltsbefehl ist ihr vom Ortsrichter bewilligt und jetzt von einem Mitglied des Queens Bench Gerichtshofs, Richter Farwell, mit der Begründung bestätigt worden, daß die Gesetze von 1871 und 1876, die den Gewerkschaften einen gesetzlichen Status verliehen, sie dadurch implicite zu juristischen Personen stempeln. Sie hätten das Recht, Vermögen zu eigenen und Vermögensklagen zu führen, und seien gesetzlich berechtigt, einen Streit anzunehmen und zu leiten. Das schließt aber auch die zweite Haftbarkeit für die von ihren Agenten begangenen Handlungen ein.

Es liegt auf der Hand, welche Tragweite diesem Erkenntnis innewohnt. Es verschärft noch das Erkenntnis in der Streitfrage Lyons v. Wilkins, das vor etlichen Jahren die Gewerkschaftswelt in Erregung versetzte, gegen das aber der eingeleitete Appell nicht bis zur höchsten Instanz durchgeführt wurde, weil Formfehler vorlagen, die seinen Erfolg als unwahrscheinlich erscheinen ließen. Daraus, daß jenes Erkenntnis Rechtskraft erhielt, ist aber auch der vorliegende Fall präjudiziert, und viele Juristen sind der Ansicht, daß der Richter nicht anders erkennen konnte als er gethan. Dringt diese Ansicht in allen Instanzen durch, so bleibt den Gewerkschaften als letztes Mittel der Appell an die Gesetzgebung, d. h. die Erzielung einer Deklaration des Parlaments, welches der genauen gesetzlichen Status der Gewerkschaften sei.

Wie schon im Bericht des Parlamentarischen Gewerkschaftskomitees ist auch im Laufe der Debatten wiederholt auf die bevorstehenden Parlamentswahlen verwiesen und die Nothwendigkeit betont worden, energische Schritte für die Verstärkung der Arbeitervertretung im

Parlament zu thun. Der im Februar d. J. gegründete Arbeiter-Wahlbund zählt zur Zeit gegen 250 000 Mitglieder, d. h. es gehören ihm eine Anzahl politischer und gewerkschaftlicher Vereinigungen an, die zusammen so viel Mitglieder vertreten. Sein Schriftführer ist J. N. Macdonald, der auch dem Vorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei angehört.

Amtlicher Theil.

Mitglieder-Abstimmung.

Auf Beschluß des Vorstandes, mit besonderer Zustimmung der Wittve des verstorbenen Verbandskassirers J. Bey, ist eine allgemeine Mitgliederabstimmung vorzunehmen, darüber, ob der Vorgenannten das Gehalt des Verstorbenen auch für Monat September gezahlt werden soll. (Siehe hierzu auch Vorstandsprotokoll vom 28. 8. in Nr. 37 der „Ameise“).

Entsprechend den Bestimmungen des § 33 des Statuts haben wir für die Abstimmung folgende 3 Fragen formulirt:

1. Soll über diese Angelegenheit eine sofort einzuberufende außerordentliche Generalversammlung entscheiden?
2. Soll die Erledigung dieser Angelegenheit bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung zurückgestellt werden?
3. Soll der Wittve des verstorbenen Verbandskassirers J. Bey das Gehalt bis mit September weiter gezahlt werden?

Es ist über alle 3 Fragen der Reihe nach abzustimmen und das Stimmenverhältniß genau zu notiren. Die Abstimmung muß bis spätestens 21. Oktober erfolgt sein. Resultate, welche nach dem 22. Oktober im Verbandsbureau eingehen, sind ungültig. Die Resultate sind an die Adresse des Verbandschriftführers Joh. Schneider, Berlin, Engelauer 15 II, einzusenden.

Abstimmungsformulare haben der Nr. 38 der „Ameise“ beigelegt.

Der Verbandsvorstand.

Aufforderung.

Gemäß § 34 des Verbandsstatuts, werden folgende Zahlstellen zur Einsendung der Abschüsse und Gelder pro II. Quartal 1900 aufgefordert:

Gräfenthal, Großbrettenbach, Unterweißbach, Waldbassen.

W. Herden, Verbandskassirer.

14. Vorstandssitzung vom 11. 9. 1900.

Wollmann auf Reisen; an der Sitzung nehmen theil: der Redakteur; von den Revisoren Boesener; als Gäste die Gen. Sommerfeld und Bill, Rheinsberg. Der Schriftführer erstattet Bericht über den Verlauf einer Versammlung in Rheinsberg. Die Arbeitsplätze sind vollständig besetzt, und hat die Versammlung beschlossen, die Aufhebung des Streiks beim Vorstand zu beantragen; diesem Antrag ist stattgegeben, die Sperre soll vorläufig weiter bestehen bleiben. — Ein Bericht von J. Menaub zur Differenz bei Wicht u. Co., wird zur Kenntniß genommen. — Wegen drohender Differenzen bei Schäfer u. Vater, Rudolstadt, wird ein Vorstandsvorsteher verlangt; delegirt wird der Redakteur. — Von Hangelar werden Lohnhöhen gemeldet, es soll ein Differenz-Formular und genauerer Bericht eingeleitet werden. — Wenn an die Redaktion des Organes eingegangenen Telegramm zufolge drohen schon wieder Differenzen bei Schwabe, Eisenberg, auszubrechen. — Mitglied 4129 Helmholz, Magdeburg, wird nach § 5, Abs. 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen. — 25 468 1/2 an n soll auf weitere 24 Tage Unterstützung auf Reien erhalten. — Für 14 456 Sophienau wird Unterstützung nach § 1, Abs. 5 des Unterstützungs-Reglements bewilligt. — beschließen für 20 876 Eisenberg. — Von dem Vorstand von Eisenberg sind die Differenzen im Bericht des Organs mitgeteilt worden. — Situation über die von J. L. L. an wird zur Kenntniß genommen und weiter Unterstützung bewilligt. — Von B. J. J. ist ein Situationsbericht ein Antrag für Bewilligung von 30 Mk. aus freiwilliger Mittel, eingegangen; dem

wird zugestimmt. — Waldbassen berichtet, daß die Zahlstellen-Bibliothek durch eine Feuerbrunst im Vereinslokal zerstört worden ist. — Mittheilungen der General-Kommission werden zur Kenntniß genommen. — Sophienau berichtet, daß die dortige Zahlstelle dem Gewerkschafts-Partell Waldburg angeschlossen ist. — Unterstützung für 7301 Unterweißbach wird nach erfolgter Recherche bewilligt. — Die Genehmigung zum freiwilligen Verlassen des Arbeitsplatzes unter Wahrung des Anspruchs auf Fahr- und Umzugskosten für 18 663 Schöde mit wird nach Lage der Sache verweigert. — Unter gleichen Umständen das gleiche Ansuchen des Mitglieds 23 040 Schramberg. — Auf Antrag der Zahlstellenversammlung Spanbau wird der Aufnahme eines früheren Streikbrechers mit 1 Jahr Strafzeit zugestimmt. — In einer Beschwerde der Zahlstelle Langewiesen, Umzugskosten des Mitglieds 18 807 betreffend, bleibt der Vorstand bei seinem, in dieser Angelegenheit am 31. 8. cr. gefaßten Beschluß. — Nachdem die Wittve des verstorbenen Verbandskassirers Bey ihre ausdrückliche Zustimmung zur Vornahme einer allgemeinen Mitgliederabstimmung gegeben, wird beschlossen, eine solche stattfinden zu lassen, über die Frage, ob dem Antrage der Wittve Bey entsprechend, derselben das Gehalt für Monat September gezahlt werden soll; der Endtermin für Einsendung der Wahlergebnisse wird auf den 22. Oktober festgesetzt. Unterstützung für 13 297 Dresden wird nach § 9 des Unterstützungs-Reglements abgelehnt.

Beihilfeseind: Auf Beschwerde des Mitglieds 16 728 Schöde mit wird beschlossen, daß demselben vom 2. 7. ab Beihilfe zu zahlen sei.

Craak, stellv. Vorsitzender. J. Schneider, Verbandschriftführer.

15. Vorstandssitzung vom 18. 9. 1900.

Wollmann auf Reisen; an der Sitzung nimmt theil: der Redakteur. Der Redakteur giebt einen Bericht über den Verlauf der Unterhandlungen in Rudolstadt. Nach einer, am Tag vorher abgehaltenen Personalversammlung, in welcher die Verursachung und der bisherige Verlauf der Differenz Gegenstand gründlicher Diskussion war, fand am Freitag früh im Beisein des Vorstandsvorstehers eine nochmalige Verhandlung mit einer gewählten Kommission und der Firma statt. Erreicht wurde nichts, abgesehen von einigen nebensächlichen Punkten, zu deren Erfüllung eine gesetzliche Verpflichtung vorliegt. Eine spätere Versammlung hat daraufhin mit überwältigender Majorität beschlossen, an den gestellten Forderungen festzuhalten, und wenn dieselben andern nicht erreichbar sind, die Arbeit event. niederzulegen. Der Vorstand ist mit diesem Vorgehen einverstanden und soll dieser Beschluß den Betheiligten durch den Redakteur persönlich übermitteln werden. — Eine telegraphische Mittheilung von Arumenaub wird zur Kenntniß gebracht; desgleichen ein Bericht von J. Menaub. — Unterstützung für 21 799 Siegburg bis zum 19. d. M., wird bewilligt. — Die Blaumaler der Firma Schwabe, Eisenberg, haben infolge Lohnhöhen die Arbeit niedergelegt; beschließen wird, denselben die Arbeitslosen-Unterstützung zu bewilligen.

Craak, stellv. Vorsitzender. J. Schneider, Verbandschriftführer.

Aus unserm Berufe.

— Streit bei der Firma Schäfer u. Vater in Rudolstadt. In letzter Nummer theilten wir unseren Lesern bereits mit, daß, wenn es nicht in letzter Stunde noch zu einer Einigung kommt, es zu einem Kampf in Rudolstadt kommen würde. Dieser Kampf, der Streit, ist nun seit Sonnabend voriger Woche zur Thatsache geworden.

Bei unserem vorletzten Vorsein in R. gaben wir vor der Abreise der von dem Personal erwählten Kommission den Rath, nochmals bei den Herren Schäfer u. Vater vorzusprechen und sie zu fragen, ob sie nicht doch etwas mehr Entgegenkommen zeigen wollen, damit eventuell am kommenden Dienstag der Vorstand in Berlin nicht erst Stellung zu Sache zu nehmen brauche.

Die Antwort fiel nun allerdings derartig aus, daß man dreist behaupten kann, die Firma hat diesmal (sonst provoziren ja die Arbeiter immer „friedl.“ die Streiks) den Streit zu Wege gebracht. Man solle sich ja nicht untergeben und noch einmal vorstellig werden, das wäre ja der reinste Kuhhandel und sie sei sei entschlossen, nicht weiter aufzutreten. Man habe sich unbedingt in ihren Willen zu fügen und wenn die Forderung nicht

sofort aufhöre, so würde sie ihre Formerräume schleifen und könnten dann die Former zu ihrem Verband gehen und sich von diesem Arbeit geben lassen. Im Uebrigen gehe ihr dieser nichts an, der gelte in ihren Augen gar nichts, das sei Privatsache."

Nun bedenke man, daß die Herren Sch. u. B. doch eigentlich gar nichts von Belang vorher bewilligt hatten. Die Lohnerhöhung, eine nur kleine, wurde abgelehnt, die Arbeitszeitverkürzung wurde abgelehnt, das "freie Licht" wurde abgelehnt, allerdings wurde dasselbe für nächstes Jahr gnädigst in Aussicht gestellt; die Preiskommission, wie sie die Former für notwendig hielten, wurde abgelehnt (von der Freigabe des 1. Mai wollen wir gar nicht reden) was bleibt denn da nun eigentlich als "bewilligt" vorhanden?

Weber die Zulage von pro Kopf 15 Pf. beim Musterformer, noch die Versicherungen, daß nun die Werkstätten besser gereinigt, die Fenster gesäubert, die Ankleideräume in genügender Weise hergestellt werden, kann als besonderes Entgegenkommen bezeichnet werden.

Freilich, die Instandhaltung der Arbeitsräume, in denen die Arbeiter meistens durch den Staub und Schmutz, durch ungenügende Ventilation und alle die möglichen Umstände bei der Fabrikation von Porzellangegenständen ihre Gesundheit opfern, das als selbstverständliche Pflicht nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung zu betrachten, giebt es eben bei so vielen Herren Fabrikanten nicht. Und auch die Herren Sch. u. B. mußten erst durch Vorschläge von Kommissionen bestimmt werden, diese sanitären Verhältnisse einer kleinen Besserung zu unterziehen. Darauf konnte sie sich wahrlich so wenig einbilden, als etwa auf die durch intensives Arbeiten, ja Ueberarbeiten erzielt, nach ihrer Ansicht so außergewöhnlich hohen Verdienste der Former.

Der Verbandsvorstand konnte sich deshalb auch um so leichter zu dem Beschlusse verstehen, daß die Former eventuell die Ermächtigung zur Arbeitsniederlegung bekommen, als das Formerpersonal geschlossen dafür ihre Stimme bereits am Freitag der vorvorigen Woche abgegeben und auch die Formgießer in durchaus lobenswerther, solidarischer Weise sich bereit erklärt hatten, für die Former mit einzutreten. Der Vorstand beschloß also unter Berücksichtigung aller Umstände mit 9 Stimmen bei einer Enthaltung, den Mitgliedern bei der Firma Schäfer u. Vater die Arbeitsniederlegung zu gestatten.

Da immerhin noch Verschiedenes zu beachten war und eine persönliche Information vor dem Eintritt in eine ernste Situation, wie sie ein Streik vorstellt, sich stets praktisch erweist, so delegierte der Vorstand nochmals den Redakteur nach Rudolfsstadt. — Am Freitag Abend vergewisserte sich derselbe, ob die Stimmung der Mitglieder noch dieselbe sei und als dies zweifelsohne zu Tage trat, gab er den Vorstandsbeschluß bekannt und wurden die nötigen Anleitungen gegeben.

Am Sonnabend Vormittag in der ersten Stunde, nachdem die Former noch gegenseitig sich geholfen hatten, bereits bezahlte Arbeit vollends fertig zu machen, vollzog sich nun der Akt der Arbeitsniederlegung in größter Ruhe und Ordnung. Und zwar verließen sämtliche Former und Formgießer (47 Personen) die Fabrik. — Zwei Personen gaben den Herren Sch. u. B. hiervon Bescheid und folgten darauf natürlich die gewöhnlichen Nebensachen; aber die übrigen, die niemand weiter aufregte. Interessant ist dabei höchstens, daß sie erklärten, sie würden nun alles "bewilligte" nicht anerkennen.

Es kann verstanden werden, daß die der Organisation noch fernstehenden Formerinnen

dieser, durch nun schon einige Wochen währenden "Bewegung" ebenfalls nicht ganz theilnahmslos gegenüber standen. Man hörte, daß ein großer Theil sich auch solidarisch zeigen und nur bestimmte Zusicherungen bezüglich der Unterstützung haben wollte. Um diesem nachkommen zu können und um überhaupt den Genossen Rudolfsstadt und Umgegend Gelegenheit zu geben, sich über die Angelegenheit bei Sch. u. B. orientieren zu können, wurde seitens der Zahlstellenverwaltung zu Sonnabend Abend eine öffentliche Versammlung arrangiert. Dieselbe fand im Saale des "Felseneller" statt und war sehr gut besucht, über die Hälfte der bei Sch. u. B. arbeitenden Formerinnen waren ebenfalls anwesend.

Wir glauben, daß es uns gelungen ist, Klarheit über die Angelegenheit verschafft zu haben, ebenso zweifeln wir nicht daran, die anwesenden Formerinnen überzeugt zu haben, daß wir sie durchaus nicht "aufreizen" wollten mit zu streiken, daß aber, wenn sie die Solidarität so weit verstehen und mit den Formern gleiche Sache machen, sie dann auch unter allen Umständen auf Unterstützung durch die organisierte Porzellanarbeiterschaft zu rechnen haben.

Dreizehn Formerinnen haben nun nach Zuschrift des Streikkomitees sich dem Streik bereits angeschlossen und eine größere Anzahl will nach geschener Ablieferung und Bezahlung fertiger Arbeit dies ebenfalls thun. Im Ganzen arbeiten gegen 60 dort. Wird dieser Fall eintreten, und wir zweifeln gar nicht so sehr daran, so hätten wir einmal einen Lichtblick innerhalb der Porzellanerei zu verzeichnen und wenn gerade in unserem lieben Rudolfsstadt dies vorkäme, würde es uns doppelte Freude bereiten.

Wenn auch bisher das schöne Geschlecht, das in den Porzellanfabriken noch in ungleich rücksichtsloserer Weise vom Kapital ausgebeutet wird als die Männer, sich wenig darum kümmerte, im Verein mit den Männern sich eine bessere Bezahlung ihrer Arbeitskraft, eine größere Achtung ihrer Leistungsfähigkeit zu erringen, vielleicht kommt es doch noch dahin. Hoffen wir einstweilen, daß aus dem Herzen Deutschlands, aus Rudolfsstadt heraus ein Exempel statuirt wird, woraus hervorgeht, daß der Wille nicht erstorben, daß auch die "Weibsen" sich ihr Menschenthum wahrer, sich nicht zu Werkzeugen gegen berechnete Bestrebungen der Männer gebrauchen lassen wollen.

Freilich, schwer wird es ihnen gemacht werden von den Herren Sch. u. B., ihrem gerechten Empfinden die Zügel schloßen zu lassen. Bereits wird mitgeteilt (wir verlassen uns dabei auf die Mittheilungen des Streikkomitees) daß Herr Schäfer den Formerinnen eine Rede gehalten habe, worin diverse schöne Versprechen eine Hauptrolle gespielt haben sollen. Wenn sie weiter arbeiten, sollen schlecht bezahlte Artikel im Preise erhöht werden (also es giebt solche doch dort!), die Formen sollten ihnen getragen werden, ja es kommt auf einmal den Herren Sch. u. B. gar nicht auf ein paar Tausend Markter an, die sie zu Unterstützungszwecken stiftet wollten. Hier also hat man es dazu, während man sich überdies geringe Forderungen anzuerkennen, durch welche weder eine Gnade erzielt, noch ein Geschäftsverlust eingetreten wäre.

Doch sind solche in der Stunde der Noth um "Arbeitswillige" gemachte Versprechungen immer etwas fadenförmig und es wägen sich die Berufsgenossinnen sehr wohl überlegen, ob sie als Arbeiterinnen sich auf die Seite der Unternehmer stellen, deren Freundschaft gewöhnlich nicht lange währt oder auf die Seite der Arbeiter, wo sie der Natur der Sache

nach hingehören. Auch soll Herr Sch. den Formerinnen erzählt haben, es hätten ihn am Montag Morgen 9 Ausständige aus dem Bist holen lassen, um ihm zu erklären, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen wollen — dazu bemerkt das Streikkomitee, daß dies jedenfalls nur ein schöner Traum von Herrn Sch. gewesen sei, was auch wir annehmen und ihm noch mehr solcher Träume wünschen.

Nach der kolossalen Erregung der letzten Wochen, die sich sogar so verdichtete, daß er in unserer Gegenwart einen durchaus ehrenwerthen Kollegen mit dem Worte Schust belegte, wozu gar keine Veranlassung vorlag, dürften solche angenehmen Träume sehr beruhigend auf die Nerven wirken.

Bezüglich der Maler (17 organisierte), die ebenfalls zur Versammlung eingeladen waren, konnte genaues über deren Stellungnahme zum Streik nicht genügend beobachtet werden, es hat aber der Vorstand in dieswöchentlicher Sitzung entsprechenden Beschluß gefaßt und dürfen wir in nächster Woche in der Lage sein, etwas Näheres berichten zu können.

Unser Verbandsgenossen werden erweisen können, wie schwer es einem "berufsmäßigen Hyster" gemacht wird, eine "Beeinflussung" vom Stapel zu lassen, ohne sich in die Schlingen der Gesetze zu verstricken. Der überwachende Beamte machte schon vor der Versammlung auf eventuelle Auflösung aufmerksam und es konnte ein Hinweis auf § 5 Nr. 3 unseres Statuts, wonach solche Mitglieder, die die Interessen des Verbandes verletzen ausgeschlossen werden, sehr leicht als "Drohung" erachtet werden.

Gerade die Firma Schäfer und Vater war es ja, die anno 1896 die Staatsanwaltschaft gegen uns in Bewegung setzte, weil am Kopfe der Ameise ein Vorstandsbeschluß die bekannte Sperrnotiz stand, daß Mitglieder, die in einer solchen gesperrten Fabrik in Arbeit treten, auf Grund § 5 Nr. 3 vom Verbands ausgeschlossen werden und erzielte sie natürlich auch unsere Bestrafung.

Nun, durch Schaden wird man oft klug. Für die am Streik beteiligten Genossen in Rudolfsstadt, für die Maler- und Formerinnen der Firma Schäfer dürfte der Artikel in voriger Nummer der "Ameise": "Die sozial-ethische Bedeutung des Streiks" sehr zur Rettung geeignet sein und die Verbandsgenossen mögen ihre gelezene "Ameise" an diese weiter geben. Aber nicht minder gilt es nun, daß alle Porzellaner, daß insbesondere jene der Thüringer Lande, einmal zeigen, daß sie auch etwas anderes zu leisten im Stande sind, als immer nur die "Zufriedenheit" zu pflegen.

Von unseren organisierten Berufsgenossen erwarten wir nicht nur, daß sie selbst sich nicht zu Streikbrecherdiensten hergeben, sondern daß sie auch alles daran setzen, um alle indifferenten Kollegen, deren es leider in Thüringen in der und jener Waldeck noch so viele giebt, aufmerksam zu machen, daß Niemand bei einer Firma, die es zum Streik hat kommen lassen, Arbeit nimmt.

Nach dem so schmachlich verloren gegangenen Streik in Rheinsberg möchten nun unsere angeregenen Landsleute, die Thüringer, zeigen, daß sie wohl im Stande sind, dem Berufe, der Organisation Ehre zu machen und wir hoffen zuversichtlich: sie werden es thun!

Es sind mit dieser Ehrenpflicht aber auch noch andere Pflichten verbunden, deren Erfüllung bei gutem Willen nicht allzu schwer fällt. Ein Streik erfordert Geduld und schon unsere Mitglieder vom Verband verhältnismäßig geduldig unterhalten werden. Es bleiben doch immer besondere Ausgabem. Ganz besonders aber ist das der Fall, wenn Un-

organisierte, in diesem Falle die Formerinnen, gleiche Sache mit ihren Arbeitsbrüdern machen, also zu unterstützen sind. Dies kann nur aus den eingehenden freiwilligen Geldern geschehen, da Verbandsgelder zu diesem Zwecke nicht verbraucht werden dürfen. Es ist noch eine namhafte Summe vorhanden, doch dürfte mehr gebraucht werden.

Es sei an dieser Stelle besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei solchen Gelegenheiten, wie der Streik in Rudolstadt, die Zahlstellen am besten in der Lage sein könnten zu wissen, was sie mit ihren 15 pSt. anfangen sollen. Oft wird nämlich dieser Betrag zu ganz eigentümlichen Zwecken verwandt, ja oft wird er einfach auf irgend einer Sparkasse aufgestapelt; heraus deshalb jetzt mit allen verfügbaren Mitteln und zum Zwecke der freiwilligen Unterstützung an den Verbandskassierer W. Herden, Berlin SO., Engelufer 15, eingeschickt!

Aber auch sonst sollte man die Solidarität durch Abstoßen von wenn auch noch so kleinen Scherfelein für eine gute Sache hochhalten.

Die Forderung nach einer bescheidenen Lohnerhöhung, die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit, die Forderung nach „freiem Licht“, sie sind werth, mit allen Mitteln durchgedrückt zu werden, wobei wohl zu beachten ist, daß die Streikenden zu jeder Zeit bereit sind, zur Verständigung die Hand zu bieten.

Also: bei der Firma **Schäfer u. Vater** in **Rudolstadt** streiken sämtliche Former und Formgießer, theilweise bereits auch die Formerinnen, und es ist Ehrenpflicht aller Porzellanarbeiter und -Arbeiterinnen, diesen beizustehen durch Zuwendung freiwilliger Unterstützungen (siehe oben) und durch strenges **Fernhalten jedweden Zutuges!**

Die Angelegenheit der Former bei **Abicht u. Co.** in **Plauen** (Aussperrung der Former) hat sich nicht geändert. Streikbrecher sind noch nicht eingekassiert und bleiben solche hoffentlich auch weiterhin fern. Man glaubte seitens der Ausgesperrten, daß Herr **Stade**, der Inhaber der Firma, zu einer Verständigung geneigt sei; eine ersandte Kommission wurde aber gar nicht empfangen. Es wurde von Herrn **Stade** erklärt, es solle jeder einzelne kommen. Daß hierauf sich die Ausgesperrten nicht einlassen, ist nur richtig. Die Berufsgenossen wollen auch fernerhin jedweden Zutug nach dieser Fabrik fernhalten.

In vorliger Nummer wurde mitgeteilt, daß ein **Drenner** Köditz aus Unterpörlitz jetzt als arbeitswilliger Former bei **Abicht u. Co.** arbeite. Die Zahlstelle Unterpörlitz fühlt sich beleidigt, indem der Betreffende nicht aus Unterpörlitz sondern aus Oberpörlitz sei. Sehr gerne kommen wir dem Ersuchen der Unterpörlitzer, dies zu berichtigeln, hiermit nach und freuen uns, daß man dort eifrig bestrebt ist, das **Schild** der dortigen Zahlstelle so rein zu erhalten.

Bei Firma **„Kalter Porzellanfabrik“** in **Eisenberg** sind die drei Blauarbeiter der Firma entlassen worden (Kündigungzeit war ausgeschlossen), weil sie sich weigerten, die aufgegebenen Arbeit zu fertigen. Es ist dies kleineres Geschäft; 4 Wochen lang sollte die Firma einen Aufschlag von 10 pSt. weil es eben unmöglich ist, einen nur einigermaßen auskömmlichen Verdienst bei den bisher gezahlten **Altkorpreisen** zu erzielen. Es sollten nach Ablauf dieser 4 Wochen die Blauarbeiter dann nur noch größeren Gehältern in Arbeit bekommen, welches wohl etwas besser bezahlt wird. Doch nun sollten sie Kleingeräte fertigen und weigerten sich dessen. Eine Vorprache hatte keinen anderen Erfolg als die Entlassung

der Maler, es war denen schon früher freigestellt worden, zu gehen. Es hat damit unseres Erachtens nach, die Firma selbst die Sperre über ihre Blauarbeiterei verhängt; keinesfalls können Mitglieder, die etwa nun dort als Blauarbeiter in Arbeit treten wollen, Fahr- oder Umzugskosten erhalten. Die Verbandskasse hat infolge der niedrigen Verkaufspreise und dementsprechend niedrigen **Altkorpreisen** resp. Verdiensten, nun die drei Maler zu unterstützen und das dürfte gerade genug sein.

In **Arzberg** Bayern sahen sich die Maler der Firma **Porenz Reichel Porzellanmanufaktur** kürzlich veranlaßt, die Sperre über dieses Geschäft zu verhängen, weil diverse **Uebelstände** vorhanden, in erster Linie aber die Verdienste äußerst minimale waren. Herr **Reichel** ging auf die Wünsche der Maler nicht in der Weise ein, daß Letztere die von Herrn **Reichel** gewünschte **Sperraufhebung** beim Vorstand beantragen konnten. Sie reichten vielmehr ihre Forderungen resp. Wünsche schriftlich ein, mit der Zusage, entgegenkommenden Falles die Sperre aufzugeben. In einer darauf folgenden mündlichen Unterhandlung ging nicht nur Herr **Reichel** nicht auf die Wünsche der Maler ein, deren Vertreter (die Kommission) wurde sogar unter **Assistenz** des Herrn **Obermalers**, in großer Weise angefahren und durch diverse Ausdrücke beleidigt. Die Maler (10 an der Zahl) haben daraufhin die **Ermächtigung** beim Vorstand nachgesucht, die Arbeit niederlegen zu dürfen und ist beschlossen worden, dem stattzugeben.

Die Sperre über die Firma **Reichel** in **Arzberg** ist demzufolge jetzt erst recht genau zu beachten und jeder Zutug fern zu halten. Ueber den weiteren Verlauf der Sache erwartet die Redaktion **genauen Bericht** von der **Zahlstellenversammlung**.

Von **Schramberg** wird von einem Mitglied diverser über dortige Verhältnisse, wie sie theilweise bereits in Nr. 34 der **Arbeits** beleuchtet wurden, mitgeteilt. Aus einer **Zuschrift** an den **Verbandsvorsitzenden**, ebenfalls von einem Mitgliede, geht hervor, daß die dortigen **Dreher** sogar Forderungen an die **Direktion** aufgestellt haben. Von der **Zahlstellenverwaltung** ist uns hierüber noch nichts zugegangen, es ist dies aber **nothwendig**, wenn öffentlich **Notiz** von solchen Vorgängen, die die **Organisation** eventuell in **ernsterer** Weise beschäftigen könnten, genommen werden soll.

Die **Berufsgenossen** werden auf alle Fälle gut thun, **Schramberg** vorläufig mit **Arbeitsangeboten** nicht zu behelligen.

Düsseldorf. In Nummer 38 der **Arbeits** ist eine **Warnung** gegen die Firma **Gräffel u. Co.**, **Uelendorf** bei **Gelsenkirchen**, **Smalttrockner** enthalten. Es wird uns hierzu noch **Folgendes** zur **Verfügung** gestellt:

„Am **Sonnabend**, 22. **September**, haben in **Uelendorf** bei **Gelsenkirchen**, **Smalttrockner** **Gräffel u. Co.** die Maler die Arbeit **aufgehört** und zwar aus den **Gründen**, weil dieselben einen **Artikel** (**Zöffelblech**), für welchen es bisher **19 Pf.** gab, für **16 Pf.** fertigen sollten. Da nun ein **lotter** Maler nur **20 Stück** pro Tag anfertigen kann, würde dieses einen **täglichen** **Lohnausfall** von **60 Pf.** bedeuten. **Sämmtliche** Maler, **5 an der Zahl**, davon **2 organisiert**, **3 unorganisiert**, reichten deshalb ihre **Kündigung** ein, weil es ihnen nicht möglich ist, in einem so **kleinen** Orte wie **Uelendorf**, für so geringen **Verdienst** zu arbeiten. Es wurden bereits im **Düsseldorfer** **General-Anzeiger** und anderen **Zeitschriften** Maler für **genannte** Firma **gesucht** und werden **sämmtliche** Kollegen **allerorts** ersucht, **Arbeitsangeboten** an diese Firma in ihrem **eigenen** **Interesse** zu **unterlassen**.“

Auch in andern kapitalfreundlichen, rheinischen Zeitungen werden Maler von genannter Firma gesucht.

— **Drum** Brüder **stoßt** die **Gläser** an, es **lebe** der **Reservemann** zc. Dies **Wiedchen** ist in **jetziger** Zeit an der **Tagesordnung**. Die **Freude** darüber, daß endlich der **aktive** **Dienst** im **Heere** vorüber, ist zu **verstehen**, sind die **meisten** der **jungen** **Leute** doch **nur** **ungern** **Soldat** geworden.

Und **doch** wird, wenn die **momentane** **Freude** über die **Entlassung** vorüber ist, die **Sorge** um den **Lebensunterhalt** **recht** **balb** **Plag** greifen. Die **Bläse**, welche die **nun** **Entlassenen** **früher** im **Arbeitsverhältnis** **besezten**, sie **sind** in den **zwei** **Jahren** **natürlich** **nicht** **leer** **geblieben** und so **mancher** der **Reservisten** muß **nun** **lange** **Umschau** **halten**, ehe er **wieder** einen **Arbeitsplatz** **findet**. **Frei**lich **warten** **Arbeitgeber** **auch** **mit** **Schmerzen** **darauf**, daß die **jungen** **Leute**, **welchen** **von** **den** **militärischen** **Vorgesetzten** **nun** **der** **unbedingt** **Gehorsam** **eingedrillt** **worden** **ist**, **los** **kommen**. „**Unzufriedene** **Elemente**“ **kann** **man** **entlassen** **und** **die** **Bläse** **mit** **diesen** **Reservisten** **besezen**; das **Solidaritätsgefühl**, so **wähnen** **viele** **Arbeitgeber**, **ist** **denen** **während** **der** **militärischen** **Dienstzeit** **sicher** **abhanden** **gekommen**. Es **mag** **sein**, daß **bei** **den**, **aus** **den** **Kreisen** **der** **Sandarbeiter** **eingezogenen** **Rekruten** **und** **solchen**, **die** **vorher** **sich** **nicht** **um** **eine** **Gewerkschaftszugehörigkeit** **kümmerten**, **der** **Unternehmer** **vielleicht** **Erfolge** **nach** **der** **Richtung**, **wie** **oben** **bezeichnet**, **anzuweisen** **hat**, **hoffentlich** **wird** **aber** **bei** **unseren** **Porzellanern**, **die** **nun** **den** **Soldatenrock** **ausziehen**, **das** **nicht** **der** **Fall** **sein**. Für **diejenigen**, **die** **vor** **dem** **Eintritt** **in** **das** **Heer** **bereits** **Mitglied** **des** **Verbandes** **waren**, **trifft** **der** **Verband** **ja** **auch** **mit** **seiner** **Unterstützung** **ein**, **wenn** **der** **Betreffende** **nicht** **gleich** **Arbeit** **erhält**. **Wir** **möchten** **aber** **nicht** **verfehlen**, **den** **diesbezüglichen** **Passus** **des** **Statutes**, **den** **nun** **von** **den** **Fahnen** **entlassenen** **Berufsgenossen** **an** **dieser** **Stelle** **vorzuführen**. Es **heißt** **da** **im** **§ 6**: „**Alle** **dienstpflichtigen** **Mitglieder** **sind**, **so** **lange** **sie** **unter** **den** **Fahnen** **stehen**, **von** **ihren** **Rechten** **und** **Pflichten** **entbunden**, **jedoch** **müssen** **dieselben** **sich** **spätestens** **14** **Tage** **nach** **ihrer** **Entlassung** **beim** **Zahlstellenkassierer** **oder** **Hauptvorstand** **melden**. **Das** **gleiche** **ist** **der** **Fall** **bei** **freiwillig** **zum** **Militär** **eintretenden** **Mitgliedern**, **wenn** **sie** **nicht** **über** **die** **gesetzliche** **Dienstzeit** **hinaus** **beim** **Militär** **freiwillig** **verblieben** **sind**; **jedoch** **haben** **diese** **keinen** **Anspruch** **auf** **Unterstützung** **bei** **event.** **Arbeitslosigkeit**, **welche** **der** **Militärzeit** **unmittelbar** **folgt**. Für **den** **Beihilfefond** **ist** **auf** **Kosten** **des** **Beihilfefonds** **ein** **ärztlicher** **Aufnahmeschein** **beizubringen**, **sofern** **der** **Militärdienst** **länger** **als** **4** **Wochen** **getauert** **hat**.“

Die **nun** **dem** **bürgerlichen** **Leben** **wiedergegebenen** **Angehörigen** **unserer** **Organisation** **wollen** **dies** **gut** **beachten**, **damit** **sie** **sich** **nicht** **um** **ihre** **erworbenen** **Rechte** **bringen**.

Als **ganz** **selbstverständlich** **halten** **wir** **es**, **daß** **die** **etwaigen** **Spekulationen** **der** **Unternehmer** **auf** **verloren** **gegangene** **Solidarität** **bei** **unseren** **wieder** **zurückgekehrten** **Mitgliedern** **keinen** **Erfolg** **haben**. **Wenn** **die** **jungen** **Vaterlandsliebenden** **auch** **auf** **die** **Fahne** **bei** **ihrem** **Eintritt** **ins** **Heer** **schwören** **mußten**, **wenn** **sie** **and** **als** **Reservist** **und** **Wehrmann**, **ganz** **besonders** **bei** **blenslichen** **Geschäften**, **wie** **Kontrollversammlungen** **und** **Übungen**, **dieser** **Fahne** **folgen** **müßten**, **so** **ist** **dies** **doch** **aber** **keinen** **Stillschluß** **darauf** **aus**, **daß** **sie** **im** **aufserdienstlichen** **bürgerlichen** **Verhältnissen** **der** **Fahne** **nun** **wieder** **Gefolgshaft** **leisten** **und** **treu** **zu** **verfehlen** **halten**, **deren** **sie** **sich** **vor** **ihrer** **Militärdienstzeit** **angeschlossen** **hatten**.

Das erheischt ihr eigenes Interesse und im Kampfe um das Dasein wird die Organisation ihnen die besten Dienste leisten.

Aber auch alle jene, die vorher noch nicht der Organisation angehört und nun wieder unter die Kollegenschaft zurückkehren, sollten die Nothwendigkeit der Zugehörigkeit zur Organisation erkennen, unsere Genossen sollten nichts verabsäumen, sie in geeigneter Weise darauf aufmerksam zu machen.

Versammlungsberichte etc.

Bonn-Poppelsdorf. Das alle Lied wurde wie immer am Tage nach der Versammlung laut, daß dieselben zu lange dauern, denn bis jetzt endete fast jede durch eingebrachten Schlusantrag. Es ist eine Freude, wie eifrig die Genossen sich an der Debatte theiligen, wo es gilt, ihre Interessen zu wahren und zu verbessern. Auch die letzte Versammlung am 15. d. Mts. trug diesen Charakter. Wenn auch verschiedene Male die Gemüther auf einanderplagten, so wurden doch unter Leitung unseres neuen Vorsitzenden die Verhandlungen parlamentarisch geführt. Die Versammlung wurde um 9 Uhr in Anwesenheit von 30 Mitgliedern eröffnet. Der Vorsitzende erkundete an das Hinscheiden des Genossen Wilhelm Bauer. Die Mitglieder erhoben sich zum ehrenden Andenken von ihren Sitzen. Gleichzeitig macht der Vorsitzende die Mitglieder aufmerksam, sich an die Geschäftsordnung zu halten, da er streng danach handeln werde. Nunmehr wurde zur Tagesordnung übergegangen, welche lautete: 1. Anträge und Beschwerden. 2. Verschiedenes. Folgende Anträge kamen zur Verhandlung: 1. Die „Ameise“ hat ein jedes Mitglied sich selbst abzuholen und zwar im Vereinslokal, dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. 2. Anschaffung eines Schranke für den Kassirer, diesem Antrag wurde schon in der Versammlung vom 15. Mai Rechnung getragen, immer aber aus Sparsamkeit nicht ausgeführt. Der Antrag wird angenommen, und wird der Kassirer beauftragt, sich mit dieser Angelegenheit an den Hauptvorstand zu wenden. 3. Anschaffung eines Abrechenbuches der keramischen Fabriken. So komisch es auch klingen mag, so hat es doch auch seine Gründe. Bei der andauernden Arbeitslosigkeit einiger Mitglieder hier am Ort, kommt es vor, daß dieselben keine Firma mehr im Kopfe haben, an die sie sich um Arbeit wenden können, da doch vom Vorstand ausdrücklich Arbeitsnachweise verlangt werden, und die Mitglieder, welche Unterstützung am Ort beziehen, gezwungen sind, sich auf das Brieffschreiben zu verlegen. Die Mehrzahl der Mitglieder ist der Ansicht, daß dieses freiwillige Anbieten der Arbeitskraft an die Unternehme, sehr schädlich auf die Organisation wirkt, der Unternehmer habe durch die vielen Offerten immer ein Werkzeug an der Hand, um seine Arbeiter sklavieren zu können. Es wäre am Platze, wenn von Seiten des Vorstandes dahin gearbeitet würde, daß dieses Anbieten der Arbeitskraft unterlassen würde, anstatt die Mitglieder dazu aufzufordern. Der Antrag auf Anschaffung des Abrechenbuches wurde abgelehnt. Beschlissen wurde, der Witwe des verstorbenen Genossen Bauer, weil Niemand an seinem Begräbniß theilnahm, da es in Köln stattfand, auch kein Kranz gesendet wurde, 15 Mark als Nothfallunterstützung zukommen zu lassen. Die Monatsversammlung soll für die Zukunft immer eine Woche vor der Tagung im Versammlungs-Kalender der „Ameise“ angezeigt werden. Zu Punkt „Beschwerden“ fragen mehrere Genossen an, wie es mit den Protokollen von der letzten General-Versammlung aussieht, ob wohl unsere Zahlstelle aus der Liste der Rechte gestrichen worden ist. Sie bedauern, daß der Vorstand eine ganze Zahlstelle auf diese Weise vernachlässigt, da doch andere das Protokoll schon einige Wochen in der Hand haben. Es wird beschlossen, eine Zuschrift, welche zu gleicher Zeit als Beschwerde dienen soll, an den Vorstand gelangen zu lassen. Von Seiten mehrerer Mitglieder wurde angefragt, wie es mit dem Bericht aussieht, womit die Verwaltung beauftragt war, denselben an den Vorstand gelangen zu lassen, da doch in keiner Sitzung darüber verhandelt wurde. Es wurde der Bericht ausgeprochen, der Schriftführer hätte denselben unterschlagen, derselbe protestirt entschieden dagegen und betont, daß er den Bericht in einer Ausschüttung der Verwaltung vorgelegt hat und damit denselben dem Kassirer übergeben wurde, der durch Zeugen nachweisen konnte, daß er denselben auch abgeholt hat. Die Genossen sind der Ansicht, daß da Jemand seine Hand im Spiel habe und die Verwaltung hintergangen sei. Es werden auch einige Verdächtigungen ausgesprochen, daß ein Mitglied einen längeren Bericht an den Vorstand abgeholt hat. Es wurde darauf hingewiesen, daß dieser Bericht oberflächlich ein Gemüthlicher Bericht war, daß er nicht als Bericht über die Verwaltung dienen sollte. Dem Schriftführer wurde darauf wieder das alte Vertrauen entgegengebracht. Dieser Punkt nahm eine geraume Zeit in Anspruch, so daß es sich notwendig machte, um einen Beschluß der Versammlung nicht umzustehen, nach die Versammlung um 1/2 12 Uhr zu schließen

sind, noch einen Antrag auf Vertagung der Versammlung von einer halben Stunde einzubringen, welcher auch angenommen wurde. Der Vorsitzende verliest eine Karte, wonach uns zu einer Klage gegen einen Wirth, der einem Mitgliede ein Bibliothekbuch einbehalten hat, ein Rechtsanwalt zugestellt wird. Die Genossen von H a n g e l a r berichten über Differenzen in ihren Thonwerten, sie sind sich einig und wollen durch festes Zusammenstehen den Unternehmer von einer Reduzierung abbringen, um in keinen Zustand treten zu müssen. In der P o p p e l s d o r f e r Steingutfabrik liegt alles noch in der Schwebe. Die angeforderten Reduzierungen sind zum größten Theil nicht vorgenommen worden, doch ist zu befürchten, daß unter einem neuen Motto Reduzierungen vorgenommen werden. Es ist die höchste Zeit, daß die dortigen Arbeiter, hauptsächlich die gezeigten, einschließlich der Maler, sich der Organisation anschließen. Es hat den Anschein, als ob die Maler das Paradies auf Erden hätten. Wir möchten es ihnen ja gerne gönnen, wenn es so wäre, aber der Schein trügt bekanntlich oft und erfahren thut man sehr wenig von den Verhältnissen. Die Zeit kommt vielleicht bald, wo sie sicher sagen werden müssen, es ist zu spät, wir haben gefehlt. Darum, auf Arbeiter von Bonn-Poppelsdorf, erinnert Euch an eure Pflicht und schließt Euch den Reihen der organisirten Berufsgenossen an. Für die nächste Versammlung wurde von Seiten des Vorsitzenden ein Vortrag über „Arbeitslosigkeit“ angekündigt. Mitglieder erscheint recht zahlreich! Nichtmitglieder und herzlich willkommen.

Fürstenberg a. O. Die am 22. September tagende Versammlung beschäftigte sich eingehend mit der Mitgliederabstimmung. Die Versammlung konnte sich über die Frage 1 und 2, zu der Angelegenheit B e n n, überhaupt nicht klar werden; hat doch über die 10 000 Mark an den böhmischen Verband keine Mitgliederabstimmung bezw. keine General-Versammlung stattgefunden, es wurde somit die Frage 1 und 2 mit n e i n, dagegen die Frage 3 einstimmig mit j a beantwortet. Nachdem nun noch verschiedene Punkte gestreift wurden, schloß der Vorsitzende die Sitzung um 12 Uhr Nachts.

(Fürstenberg (Oder) schließt eben immer den Vogel ab! Die dortigen Mitglieder sollten wegen der für sie „unklaren“ Fragen 1 und 2 den § 33 des Statuts einmal nachlesen. Ueber das Darlehen von 10 000 Mk. an den böhmischen Verband hat eine Mitgliederabstimmung stattgefunden, wenn man nun schon einmal durchaus kritischen will, so sollte man sich doch aber vorher „recht klar“ über alles sein. D. Reb.)

Meißen. In der am 7. September im Restaurant „Kronprinz“ abgehaltenen außerordentlichen Mitglieder-Versammlung referirte Genosse G e o r g W o l l m a n n aus Berlin über „Theoretische und praktische Aufgaben unserer Organisation“. Nach seiner 1 1/2 stündigen Rede, die mit vollem Beifall aufgenommen wurde, fand eine lebhaftige Debatte statt, an der sich die Genossen Dampel, Thieme, Sandholes und Schöninger theilnahmen. Zum Schluß rügte noch der Vorsitzende, Gen. Schönfelder, den schwachen Versammlungsbesuch, da von 73 Mann, die unsere Zahlstelle zählt, es nur 42 für nothwendig hielten, zu erscheinen.

Ohrdruf. Die gemeinschaftliche Bezirks-Versammlung, welche am 16. September hier auf Nr. 1's „Felsenkeller“ stattfand, wurde um 8 Uhr durch Gen. S t i g a r d eröffnet. Auf der Tagesordnung waren folgende Punkte: 1. Bericht über die Momentstatistik im Monat Mai. 2. Ein Antrag, von jeder Zahlstelle ein Mitgli. zu wählen, der die Verhältnisse innerhalb der Zahlstelle zu untersuchen und eine Besprechung derselben zu veranlassen hat. 3. Gründung von zwei Zahlstellen in Georgenthal und St. Es waren ungefähr 120 Genossen von folgenden Zahlstellen anwesend: Ohrdruf, Gotha, Gräfenhain, Gräfenroda, Lambach, Gschwendau, Neuenhof; von Plauen bei Stadtlengsfeld fehlten die Genossen.

Punkt 1. Bericht über die Momentstatistik. Nach Verlesen des Gesamtergebnisses der Statistik wurde vom Vorsitzenden betont, daß die Fragebogen von den einzelnen Zahlstellen sehr mangelhaft ausgefüllt seien und demnach ein genaues Ausarbeiten der Statistik auch nicht möglich sei. Gen. D i e r i c h - G o t h a stellte den Antrag, das Gesamtergebnis den einzelnen Zahlstellen zu überweisen, was auch angenommen wurde. Der zweite Punkt der Tagesordnung wurde nach einer Diskussion hierüber wieder zurückgezogen. Punkt 3: Gründung von zwei Zahlstellen in Georgenthal und St. Bei der Gründung einer Zahlstelle Georgenthal wurde nach längerer Debatte Abstand genommen. Der andere Antrag, Gründung einer Zahlstelle in St., wurde zur Ausführung der Agitationskommission überwiesen, denn die Veranlassung hielt es nicht für angebracht, in einer öffentlichen Versammlung die betreffenden Kollegen aufzufordern, sondern gab bekannt, daß durch Aufforderung außerhalb der Versammlung mehr zu erzielen ist. Wenn der passivste Teilnehmende ha. sel. solle auch einmal ein Stücklein beitragen werden, das würde eher ausreichen, als sonst. Versammlung. Schluß der Versammlung 1/2 12 Uhr.

Frankfurt. Am 17. September fand in Saalbauers Salon eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Nothwendigkeit des Zusammenstehens der Porzellanarbeiter; 2. Diskussion. Der Vorsitzende erbat dem Referenten

Genossen Wollmann das Wort, derselbe schilderte in einer 2 stündigen Rede die Verhältnisse in der Porzellan-Industrie Deutschlands. Neuer wies u. A. darauf hin, daß durch die Maschine viele Arbeiter verdrängt und an die Luft gesetzt würden, und daß die Unzufriedenheit, die den Arbeitern immer vorgehalten wird, nicht auf Seite der Arbeiter, sondern vielmehr auf Seite der Unternehmer zu suchen ist, sie besitzen die Preise immer mehr herab, um immer größere Profite einzufahren zu können. Nur eine feste und gute Gewerkschaft sei im Stande, diesen Verhältnissen wirksam entgegenzutreten. Redner erbat am Schluß seiner Ausführungen reichen Beifall. Es wurde zu Punkt 2: Diskussion übergegangen, und wurde danach folgende Resolution angenommen: „Die heute den 17. September tagende öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die heutige privatkapitalistische Wirtschaftsweise immer größere Massen des arbeitenden Volkes ins Elend trieb und erbittet nur in der Beseitigung dieser Wirtschaftsweise die endgültige Befreiung des Proletariats von dem Joche der Kapitalherrschaft. Da die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter aber geeignet ist, eine Abänderung der jetzigen Noth durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes und Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, erklären sich die Versammelten bereit, für die Ausbreitung und Kräftigung der Organisation zu arbeiten, da uns nur von dieser Seite Hilfe kommen kann. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationalen Gewerkschaften schloß die interessante Versammlung.“

Zurück vom Weg!

Zurück vom Weg! Den dürfen wir nicht geben!
Halt ein! Zurück! laßt nun die Zwietracht ruhn;
Gewürm nur kriecht im Staub, wir wollen Luft und Sonne,
Durch höheres Streben, giebt's da nicht mehr zu thun!
Zurück vom Weg!

Zurück vom Weg! er fährt uns nicht an's Ziel,
Gerecht sei Jenen, die in vordrer Reich
Auf unserm Bollwerk stehn, dort verdammt geschlichtet,
Zum Heil der Sache, handelt groß und frei! —
Zurück vom Weg!

Zurück vom Weg! auf dem das Unkraut wuchert
Der Abgelei, des Mißtraus, Kleinlichkeit! —
Vertraun dem Führer, Fried' in unsern Reihen,
Auf daß nicht mehr der Feind frohlockt, die Antke schreit! —
Zurück vom Weg!

Zurück vom Weg! Der Wurm der Zwietracht nagt,
Frisht tief hinein und zehrt am Lebensmark. —
Den Rebel scheucht! Ermannet Euch, Porzellaner,
Seid zielbewußt, seid einig, treu und stark!
„Vorwärts, auf diesem Weg!“
Herrn. Herbert (Zahlstelle Coburg).

Literarisches.

„In freier Stunden“ illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk in Wochenheften 2 10 Bg. Lieferung 36 und 38 sind schon erschienen und enthalten die Fortsetzung des prächtigen, kulturhistorischen Romans „Der Sohn des Rebellen“ von Viktor Hugo (nach seinem „Nachdenk Mann“). Ferner die feuilletonistischen Skizzen „Das wahre Gesicht des Krieger“, „Die Verlebene“, „Die Hungernoth in Indien“, „Dies und Jenes“ und „Big und Sogez“.

Jeder Buchhändler, jeder Buchbinder (auch die Post zum Vierteljahrespreis von Mark 1.20, Postzeitungskatalog Nr. 3777) nimmt Bestellungen auf diese 11 Bg. gerne an.

Dem Andenken Wilhelm Liebknechts ist eine Broschüre gewidmet, die von Kurt S i n n herausgegeben worden im Verlag der Buchhandlung Nordmann & Co. unter Benutzung angebotener Texte und Aufzeichnungen geht der Verfasser in 3 Kapiteln: Ein Kampfbild — Aus der Jugend — Der Freiheitskämpfer — Die Fühllosigkeit — Mein Verstand und Großmuth — Aus der Hochzeit — Aus dem Exil — Das letzte Jahr — in lebendiger Darstellung nicht nur ein prächtiges, in dieser Hinsicht ganz neues Werk, sondern auch ein glänzendes Charakterbild der historischen Persönlichkeit und seiner politischen und literarischen Bedeutung.

Die Schrift enthält außer einer Vorbild-Liste auf 100 Seiten noch 6 Portraits und Abbildungen im Text.

Der Verlag hat um jedem Genossen die Erlaubnis zu erlangen, eine Mitgl. Karte zu beantragen zum Preis von 10 Pf. bezellen lassen, während der Preis im Buchhandel Mk. 1. — beträgt.

Briefkasten.

LIII. Angewandt und wird demnächst verwendet werden.

Adressen-Nachtrag.

Döbeln. Vorf.: Ernst Reil, Maler, Kleinbauchstr. 23 D bei Döbeln.
 Magdeburg-Neustadt. Schriftf.: Josef Märker, Solissenstr. 12, Hof I. Beil.: Fritz Geier, Budau, Dorotheenstr. 14. Revif.: Robert Döhning, Neuhaldenslebenstr. 29.
 Margarethenhütte. Vertrauensmann: Paul Runge, Dreher.

Sterbefahel.

Blankenheim. Carl Ehrenberg, Dreher, gestorben am 12. September 1900 an Lungen-
 schwinducht. Mitglied des Verbandes und Reichsleistungsfonds.
 Bonn. Wilhelm Bauer, Porzellandreher, geb. 18. Dezember 1864, gest. am 11. September 1900 in Köln an Lungen-
 schwinducht. Letzte Krankheitsdauer 5 Monate.
 Bohney. Ernst Keller, Malerlehrling, geb. 10. Nov. 1882, gest. 13. September 1900 an Lungen-
 schwinducht.
 Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung. Dienstag, 2. Oktober, Abends präcise 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.
 Wittwasser. Sonnabend, den 29. September, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Sehr wichtige Tagesordnung! Lichtgeb., Stiftungsfest u. s. w.
 Neuhaldensleben. Sonnabend, 29. September, Abends 8 1/2 Uhr, bei Wiegerts.
 Bayreuth. Sonnabend, den 29. September, bei Fritz Görl.
 Berlin II. Sonnabend, den 6. Oktober, Abends 8 Uhr bei Koll, Adalbertstr. 21. Vortrag. Mitglieder-
 Abstimmung. Reichs-Vened.
 Döbeln. Sonnabend, den 6. Oktober, Abends 8 Uhr in der Ruhenterrasse.
 Düsseldorf. Sonnabend, den 19. Oktober, nicht 6. Oktober.
 Elgersburg. Sonnabend, den 6. Oktober, Abends 9 Uhr, im Fürstenthor. Wichtige Tagesordnung.
 Frankfurt a. D. Sonnabend, den 6. Oktober, Abends 6 Uhr, in der Alabasterischen Bierhalle.
 Gräfenroda. Sonnabend, d. 29. September, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
 Gräfenhain. Sonnabend, den 29. September, Abends 8 1/2 Uhr, im Schießhaus. Wäherumtausch.
 Gausen. Sonntag, den 30. September, Nachmittags präcise 1 1/2 Uhr, im Vereinslokal zu Unnersdorf.
 Hohenberg. Sonnabend, den 29. September, bei Georg Kaiser. Mitglieder-Abstimmung. Zahlreich erscheinen!
 Jünaeu. Sonnabend, den 29. September, in „Zur schönen Aussicht“ Vortrag von Redakteur Schulz, Erfurt.
 Kula. Sonnabend, den 6. Oktober, Abends 8 Uhr, im Rosengarten.
 Kula-Schrenfeld. Sonnabend, den 6. Oktober, Abends 9 Uhr, bei W. Bändorf, Benlostr. 336. Mitglieder-Abstimmung.
 Langewiesen. Sonntag, 14. Oktober, Nachmittags 1/2 Uhr, in der Zentralthalle.
 Magdeburg. Sonnabend, den 29. September, bei Vater, Knochenauer Ufer 27/28. Tagesordnung: Soll hiesige Zahlstelle aufgelöst und die noch vorhandenen Mitglieder der Zahlstelle Budau überwiesen werden, eventl. Wahl eines Kassiers.
 Mauthelm. Sonnabend, 29. September, im Restaurant „Mauthelm“, Rindfeldstr. Beitragszahlen. Wahl eines Schriftführers. Lokalfrage. Verschiedenes.
 Meisen. Sonnabend, den 6. Oktober, Abends 8 Uhr im Restaurant „Kronprinz“. Wichtige Tagesordnung. Neutrale Gewerkschaften. Ref.: Gen. Thiene. Mitglieder-Abstimmung. Das Erscheinen aller ist dringend nötig.
 Neudorf. Sonnabend, den 29. September, im Festsaal. Eingaben der Beiträge wegen Quartalsabschluss. Wahl eines Beisetzers und zwei Kontrollkommissionsmitglieder. Wegen dieser Tagesordnung wollen alle Mitglieder erscheinen.
 Oheuf. Montag, den 1. Oktober, Abends 7 Uhr, im Vereinslokal.
 Stadtlitzsch. Sonnabend, d. 29. September, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
 Unterepbergr. Sonnabend, 29. September, im „Stein“.
 Wilsdorf. Sonnabend, den 29. September,

Abends 8 Uhr, bei Pfister's. Ablieferung aller Bibliotheksbücher.

Wittwasser. Sonnabend, den 6. Oktober, im Vereinslokal, Café Central. Alle Bibliotheksbücher mitbringen.

Wunsiedel. Sonnabend, den 29. September, Abends 8 Uhr bei Heinrich Kleemeier. Wichtige Tagesordnung, deshalb alle erscheinen.

Anzeigen.

Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w.

werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-A.
 Hammerstr. 12.

Alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen O. Seifert, Wiese-Enden.

Goldschmied

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Rottmann, Stadtlitzsch, Thür.

Emil Böhme, Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold Goldschmied und alle goldhaltigen Sachen. Reelle und pünktliche Bedienung. Man verlange Prospekts. Ältest. Geschäft dieser Art.

Die Einzelmitglieder von Berlin II

werden auf die Mitgliederabstimmung aufmerksam gemacht. Es genügt auf einer Postkarte die Fragen mit 1-3 zu bezeichnen und die Zahl der Abstimmenden mit ja oder nein darunter zu setzen. Das Resultat ist bis 19. Oktober einzusenden an

C. Mann, Berlin SO. 36,
 Reichenbergerstr. 151 II.

Berlin-Moabit. Das Versammlungslokal befindet sich nicht mehr bei Pössow, Lübeckstr., sondern bei **Pfarr, Pattinistr.-Ecke** vis-à-vis Station Pultitzstraße.

Bonn-Poppelsdorf. Bezüglich Ende des Quartals werden die Mitglieder ersucht ihre Karte persönlich beglücken zu wollen und die Bücher bezüglich Nichtigstellung mitbringen zu wollen.

Der Kassierer.

Porzellanarbeiter Dresdens!

Dienstag, den 2. Oktober 1900, Abends 9 Uhr **öffentliche Versammlung**

im Gasthof Pieschen, Torgauer Straße.

Tages-Ordnung:
 1. Zweck und Nutzen der Berufsorganisation. Referent: Gen. Schneider, Berlin.
 2. Gewerkschaftliches.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Einberufer

Düsseldorf. Den Mitgliedern der Zahlstelle zur Kenntnis, daß die nächste Besammlung nicht am 4. sondern am 19. Oktober stattfindet.
 Die Verwaltung.

Düsseldorf. Sonnabend, den 6. Oktober, findet die hiesige Zahlstelle ihr diesjähriges

Stiftungsfest

im Restaurant „Goldener Stern“ in der Straße... Die Mitglieder der Zahlstelle...
 Die Zahlstellersverwaltung

Gotha. Das Mitglied 24984, Ferd. Lehner, wird ersucht, das Buch „Fortschritt und Armuth“, welches betr. Mitglied am 26. Mai aus der Bibliothek entnommen hat, an mich einzusenden. Weiter werden die Kollegen ersucht, mir den Aufenthalt des p. Lehner mitzutheilen. Herrmann Frank, Kassier, Sedanstraße 16.

Kronach. Sonnabend, 29. September findet im Saale des Herrn Magold

Tanzkränzchen

statt, wozu an die Herren Mitglieder nebst werthen Familien und Angehörigen freundliche Einladung ergeht. NB. Die Zwischenpausen werden durch Gesang ausgefüllt, so daß es ein genußreicher Abend werden wird, und steht einem zahlreichen Besuch gern entgegen.
 Die Verwaltung.

Krummenaab. Die hiesige Zahlstelle giebt hiermit bekannt, daß es gut und zweckmäßig ist, daß jeder Genosse, der sich nach hier um Engagement wendet, vorerst bei der Verwaltung der Zahlstelle Krummenaab um Aufklärung über hiesige Verhältnisse nachsucht.

Die Verwaltung
 J. A.: Karl Schreier.

Neuhaldensleben. Sonntag, den 30. September, Nachmittags 5 Uhr, **großer Vortrags-Vortrag**

Das verlorene Paradies

von Emil Walkotte
 im Lokale von Herrn Wilh. Herzog
 Bei recht zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein
 Das Gewerkschafts-Komitee.

Nymphenburg. Montag, den 1. Oktober 1900:

Oktober-Fest

Treffpunkt der Nymphenburger im Vereinslokal 1/2 Uhr. Abmarsch zur Festwoche, Bude 11, um 2 Uhr. Die Münchener Kollegen sind freundlichst eingeladen.

Potschappel. Sonntag, den 30. September, Nachmittags 2 Uhr in Kubnat's Restaurant in Deuben

öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Zweck und Nutzen der Berufsorganisation. Referent: J. Schneider, Berlin. 2. Gewerkschaftliches. Der Einberufer.

Sorau. Freitag, den 28. September, Abends 8 Uhr, im Gasthof zum „Goldenen Anker“

Öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Zweck und Nutzen der Berufsorganisation.
 Ref.: J. Schneider, Berlin.
 Der Einberufer.

Weisswasser. Sonnabend, den 2. September, Abends 8 Uhr im Gasthof „Zur Stadt Huslau“ (Kudra)

Öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung: Zweck und Nutzen der Berufsorganisation. Ref.: J. Schneider, Berlin. Alle Genossen von Wittwasser und Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen.

NB. Es werden die Mitglieder hiesiger Zahlstelle ersucht, alle nicht organisierten Arbeiter zu dieser Versammlung einzuladen. Der Einberufer.

Eisenberg. Der Dreher Joseph Weidlich wird gebeten seine Adresse mitzutheilen eventl. bitte die Zahlstellenverwaltung, welche den Aufenthaltsort des B. kennt, mir diesen mitzutheilen.

Carl Schone, Eisenberg, S.-A.,
 Ausschreibungsbureau der Gewerkschaften.

Der Porzellandreher August Wollweber, Mitgl. Nr. 290, wird ersucht, seine Adresse an Unterzeichneten gelangen zu lassen, ebenso bitte ich die Herren Zahlstellenassistenten, mir den Aufenthaltsort des Obigen mitzutheilen. Vet. Müllerberger, Mühlberg, äußere Straße 63, III.

Letzter Porzellanarbeiter

... wird ersucht, seine Adresse an Unterzeichneten gelangen zu lassen, ebenso bitte ich die Herren Zahlstellenassistenten, mir den Aufenthaltsort des Obigen mitzutheilen. Vet. Müllerberger, Mühlberg, äußere Straße 63, III.